

REDAKTION ZÜRICH

Eine Pandemie, wie sie die Welt seit 100 Jahren nicht mehr gesehen hat, ein Krieg in Europa wie letztmals vor fast 80 Jahren und eine Inflation wie vor 30 Jahren: In wenigen Wochen geht eine für den Regierungsrat des Kantons Zürich aussergewöhnliche Amtszeit zu Ende.

Alle sieben Regierungsmitglieder treten wieder an. Und haben gute Chancen auf eine Wiederwahl. Die Zürich-Redaktion der NZZ zieht Bilanz.

MARIO FEHR (PARTEILOS)

Der Machtpolitiker

dfr. Und da war er wieder, wo er am liebsten ist: ganz an der Spitze. In der ersten Umfrage zur Wahl vom Februar thront Mario Fehr über allen anderen Kandidaten. Natalie Rickli als gute Zweitplatzierte liegt 5 Prozentpunkte hinter ihm. Fehr on top, «Super Mario» – das ist die Rolle, die dem mittlerweile parteilosen Sicherheitsdirektor behagt.

Seit 2011 prägt der frühere Lehrer den Zürcher Regierungsrat. Er hat hohe Beliebtheitswerte in der Bevölkerung, weniger hohe bei seinen politischen Gegnern. Mit Fehr – das raunen Kantonsräte von links bis rechts – will man sich nicht anlegen. Er kämpft wie ein Berserker für seine Vorlagen, lobbyiert, telefoniert. So lange und so penetrant, bis er eine Druckstelle gefunden hat, um seine Ziele zu erreichen. Das macht ihn zum gewieftesten Machtpolitiker in der Zürcher Regierung, «House of Adliswil» ist das Motto.

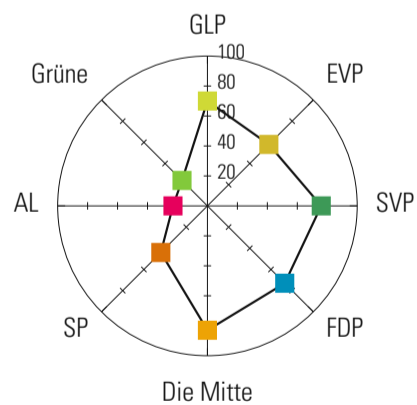
Die liebsten Vorlagen sind ihm jene, die dank intensiver Vorarbeit ohne Gegenwehr durchs Parlament flutschen. Sein Selbstbestimmungsgesetz zum Beispiel, das im Februar mit 161 zu 0 Stimmen angenommen wurde. Es ist ein wichtiger Schritt für die Gleichstellung

Regierungsratswahlen

Kanton Zürich
vom 12. Februar 2023

von Menschen mit Behinderung. Und, typisch für Fehr, ein Anliegen, mit dem er sehr breit punkten kann.

Seit dem Bruch mit der SP im Sommer 2021 pflegt der 64-Jährige das öffentliche Bild des unideologischen Pragmatikers, der sich einzig den Frauen und Männern des Kantons verpflichtet fühlt, noch stärker als zuvor. Das macht ihn vermutlich sogar erfolgreicher, als er es schon bisher war. In seiner Amtszeit hat er alle Volks-



Die Grafik zeigt den Anteil der Wähler einer Partei, die diesem Regierungsrat die Stimme geben wollen. UMFRAGE NZZ / GFS BERN

abstimmungen, die seine Direktion betreffen, gewonnen (was er oft und gerne betont). Fehr ist damit ein Populist im guten Sinne. Er weiss, wo die Mehrheiten liegen, er kennt den Bauch der Zürcherinnen und Zürcher und handelt danach.

Seine Direktion sitzt ihm dabei wie ein Masshemd an der Haut. An Militärübungen, Turnerkränzchen, Polizistenverabschiedungen fühlt er sich glaubwürdig pudelwohl. Die Kantonspolizei ist für ihn «die Nummer eins unter den Polizeikörpern der Schweiz». Zürich «der Sportkanton Nummer eins der Schweiz». Zu widersprechen wagt niemand. Einzig für seine Asylpolitik muss er regelmässig Kritik von links einstecken. Juso und Konsorten bezeichnen sie als «unmenschlich», für Fehr und den Bauch des Durchschnittszürchers ist sie konsequent.

Die Diskussion wird ihn wegen der steigenden Flüchtlingszahlen auch in der



ILLUSTRATION JOANA KELEN, GRAFIKEN CHRISTIAN KLEEB

So haben die Regierungsmitglieder in den letzten vier Jahren abgeschnitten

In wenigen Wochen neigt sich für den Regierungsrat des Kantons Zürich eine Amtszeit dem Ende zu, die wohl zu den anspruchsvollsten, aber auch zu den spannendsten der letzten Jahrzehnte gehört. Was waren die Höhepunkte? Und was die Tiefs?

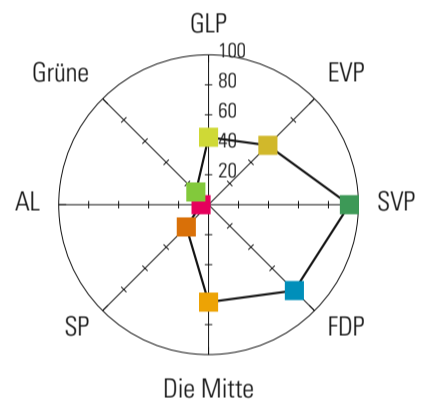
nächsten Legislatur begleiten. Denn dass er wiedergewählt wird, daran zweifelt niemand. Es wäre nur schon eine Überraschung, wenn es für ihn im Februar nicht wieder für Platz eins reichen würde.

ERNST STOCKER (SVP)

Der Mann, der bleiben muss

zge. · Eigentlich wäre jetzt der perfekte Zeitpunkt für Ernst Stocker gewesen, sich aus der Kantonsregierung zu verabschieden: Der Finanzdirektor ist 67 Jahre alt, die Kantonskasse hat letztes Jahr mit einem riesigen Überschuss abgeschlossen, und Stocker ist zudem gerade Regierungspräsident. Viel mehr Höhepunkt geht nicht. Doch seine Partei, die SVP, will ihn nicht gehen lassen. Noch nicht. Denn der ausgebildete Meisterlandwirt aus Wädenswil ist ein sicherer Wert, ein Garant für Stimmen auch weit jenseits der Volkspartei.

In seiner Kernkompetenz, den Finanzen, fehlt Stocker allerdings bisweilen der bürgerliche Biss. Seit er 2010 in den Regierungsrat kam, ist der Steuerfuss bis jetzt genau ein einziges Mal gesenkt worden – um einen einzigen Punkt, und das gegen seinen Widerstand. Auch eine Initiative der SVP, welche höhere Abzüge für die Krankenkasse in der Steuererklärung forderte, lehnte er ab. In einem Interview mit der NZZ sagte Stocker, dass die Mieten oder der Preis der nächsten Tankfüllung für viele Leute wichtiger seien als ein tiefer Steuersatz. Das



ist keine typisch bürgerliche Argumentation, doch seine eigenen Leute nehmen ihm solche Sätze nicht übel: In der NZZ-Umfrage zu den kommenden Wahlen geben 94 Prozent der SVP-Sympathisanten an, Stocker die Stimme zu geben.

Steuern sind tatsächlich nicht alles, doch gerade dort hätte man vom Finanzdirektor mehr Impulse erwarten können. Für Unternehmen ist Zürich nach wie vor sehr teuer. Das freut die Nachbarkantone, allen voran Zug. Auch für Vermögende ist Zürich kostspielig. Sie tolerieren die hohe Steuerrechnung nur, weil andere Standortfaktoren diese Kosten aus ihrer Sicht aufwiegen.

Stocker ist als Finanzdirektor auch oberster kantonalen Personalchef. Unter seiner Ägide ist der Verwaltungsapparat auf über 50 000 Personen angewachsen. Sie alle erhalten nächstens Jahr mindestens 3,5 Prozent mehr Lohn – es ist ein Sprung, von dem Privatangestellte nur träumen können. Das hat natürlich nicht Stocker allein zu verantworten, doch er ist einer von sieben Regierungsräten – und einer von vier bürgerlichen –, welche vereint einen bescheidenen Kurs hätten durchsetzen können. Immerhin: Sowohl für Private wie für Unternehmen hat Stocker für 2024 Steuererleichterungen angekündigt. Auf einem anderen Blatt steht, ob diese umgesetzt werden können. Der Kanton erwartet rote Zahlen, und die Wirtschaft kühlt sich ab.

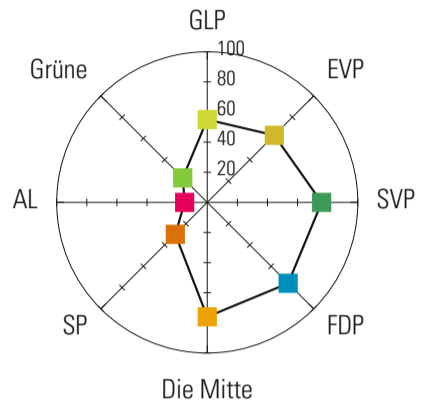
NATALIE RICKLI (SVP)

Die Wandelbare

juh. · Als Natalie Rickli vor vier Jahren die Wahl in den Regierungsrat schaffte, war sie vor allem als SVP-Hardlinerin bekannt. Würde die angriffige Nationalrätin den Wandel zur Exekutivpolitikerin schaffen, und dies erst noch in einer Direktion, mit der sie nicht vertraut war? Viel Zeit für die Einarbeitung in der Gesundheitsdirektion hatte sie nicht. Sie war noch kein Jahr im Amt, als die Pandemie ausbrach und die Winterthurerin ins Rampenlicht stieß. Wie hat sie Corona gemeistert? Wenn man

das Endergebnis anschaut, muss man konstatieren: recht gut. Die Impfkampagne war im Kanton erfolgreich, Zürich hat schweizweit eine der höchsten Impfquoten. Auch die Spitäler haben gute Arbeit geleistet. Das ist auch der guten Zusammenarbeit zwischen den Spitalern und der Gesundheitsdirektion geschuldet. Rickli ist es mit ihrer konzilianter Art gelungen, das vorher zerrüttete Verhältnis zwischen Spitalern und Behörden zu kitten.

So weit, so gut. Auf dem Weg leistete sich Rickli allerdings auch diverse Pan-



nen. Es begann schon damit, dass ihre Direktion zunächst völlig überfordert war, wie ein Untersuchungsbericht des Regierungsrats zeigte. In dieser Phase musste die Kantonale Führungsorganisation (KFO) die Kontrolle über das Krisenmanagement in der Gesundheitsdirektion übernehmen.

Erinnert sei auch daran, dass Zürich anfänglich als Trödelkanton verschrien war, weil die Impfkampagne nicht vorankam. Probleme gab es vor allem mit der Registrierung. Das System des Kantons hielt dem Ansturm nicht stand. Rickli versprach eine neue Software, die dann aber lange auf sich warten liess. Wie meist, wenn etwas in ihrer Direktion schief läuft, schwieg sie dazu.

Am Anfang der Pandemie hatte sie einen schweren Stand innerhalb der Regierung, kam mit ihren Anträgen nicht durch. Mittlerweile scheint sich ihre Stellung gefestigt zu haben. In den vergangenen Monaten präsentierte sie einige Projekte, zuletzt Sofortmassnahmen für die überlasteten Kindertagesstätten.

Neben Corona gab es ein zweites wichtiges Gesundheitsthema in dieser Legislatur: die Vergabe der für die Spitäler existenziellen Leistungsaufträge. Indem Rickli einige Spitäler unter Druck setzte, erzielte sie Verbesserungen. Dies namentlich beim Spital Affoltern, das endlich eine zukunftsfähige Strategie erarbeitet hat. Allerdings überzeugte Ricklis Strategie nicht auf ganzer Linie. So entzog sie auch einem kleinen Spital, das gute Arbeit zu tiefen Kosten lieferte, mit fadenscheinigen Gründen die Existenzgrundlage. Man wird den Eindruck nicht los, dass sie ein Bauernopfer brauchte, um als Regierungsrätin Stärke und Entschlossenheit zeigen zu können.

Interessant zu sehen war schliesslich, wie sich die einstige Parteisoldatin von der SVP emanzipierte. So, als sie in der Pandemie weit schärfere Massnahmen forderte, als es den meisten ihrer Parteikollegen genehm war. Geschadet hat es ihr kaum. Die 46-Jährige empfahl sich damit einer breiteren Wählerschicht als den Rechtsbürgerlichen.

MARTIN NEUKOM (GRÜNE)

Der beliebteste Linke

zge. · Martin Neukoms Wahl in den Regierungsrat vor vier Jahren war ein Schock für die Bürgerlichen: Ausgerechnet im Wirtschaftskanton Zürich gelang es den Grünen, den Freisinnigen einen Sitz zu stehlen, und das erst noch mit einem 32-jährigen Kandidaten, der ausserhalb der Politik kaum bekannt war.

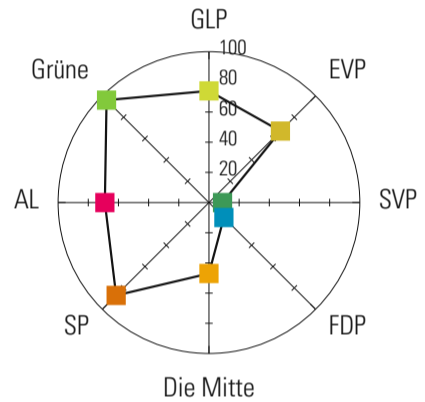
Der Winterthurer übernahm seine Wunschdirektion, den Bau, und damit vielleicht den grössten Gemischtwarenladen beim Kanton. Zur Baudirektion gehören die Archäologie und die Denkmalpflege, Jagd und Fischerei und selbst eine Kunstsammlung. Entscheidend für den Naturwissenschaftler waren aber andere Zuständigkeiten: der Umweltschutz, das Klima, die Energie. Dort schlug Neukom die dicksten Pflöcke ein.

Sein grösster Erfolg war die Annahme des Energiegesetzes vor rund

einem Jahr. Öl- und Gasheizungen werden verboten, der CO₂-Ausstoss soll so gesenkt werden. Die Vorlage fand nicht nur in der links-grünen Stadt Zürich eine Mehrheit. Auch die FDP und selbst konservative Landgemeinden stimmten ihr zu – und das, bevor die Abkehr von fossilen Brennstoffen auch aus geopolitischen Gründen opportun wurde. Ein halbes Jahr später nahm das Zürcher Stimmvolk zudem die Verankerung des Klimaschutzes in der Verfassung an.

Neukom ist ein Klimaaktivist, der statt mit Emotionen lieber mit Zahlen argumentiert. Das schützt ihn natürlich nicht vor Fehlüberlegungen und Kritik. Ideologisch getrieben etwa ist seine Begeisterung für den Ausbau der einheimischen Windkraft. Noch 2014 hatten Experten der Zürcher Baudirektion berechnet, dass vielleicht 4 bis 6 grosse Anlagen im Kantonsgebiet realistisch seien. 2022 präsentierte Neukom dann eine Potenzialstudie, die gleich von 120 Anlagen sprach. Doch Wunschenken treibt keine Windräder an.

Keine besonders gute Falle machte Neukom auch, als der Energiemangel zum Thema wurde. Antworten auf konkrete Fragen blieb er schuldig, stattdessen setzte der Kanton auf Aktionen mit hoher Symbolkraft. Kritik einste-



cken musste er weiter für die Passivität des Kantons bei der Unterstützung des Energiekonzerns Axpo.

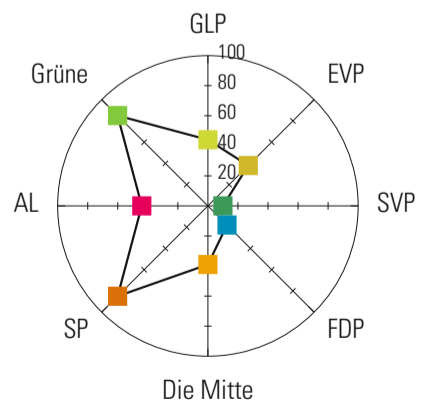
Aber das sind keine Themen, die ihm mittelfristig schaden werden. Neukom dürfte komfortabel wiedergewählt werden: In der NZZ-Umfrage ist er beliebter als alle anderen links-grünen Bewerberinnen und Bewerber.

JACQUELINE FEHR (SP)

Die Angegriffene

fbi. · Es gab Zeiten, da galt Jacqueline Fehr als «Albtraumgegnerin der Rechten» (Tamedia-Zeitungen). Diesen Ruf genoss die Justizdirektorin, weil die Bürgerlichen ihr trotz einem pointiert linken Kurs wenig anhaben konnten, weil sie bei heiklen Justizfällen rasch hinstand, auch einmal Fehler eingestand, mit unkonventionellen Ideen aufwartete und in ihrer Direktion Neues ansties. Bei den letzten Erneuerungswahlen 2019 schnitt die Sozialdemokratin mit dem zweitbesten Resultat ab.

Doch seit einigen Wochen ist alles anders: Die 59-jährige Winterthurerin wird so heftig attackiert wie keine und keiner der anderen Regierungsrätinnen und Regierungsräte. Der Grund sind heikle Daten von Staatsanwaltschaften und Gerichten, welche über kuriose Wege in die Hände eines verurteilten



Drogenhändlers gerieten. Die Vorfälle passierten zwar noch in der Ägide von Fehrs Amtsvorgängern. Doch für einmal informierte Fehr nicht proaktiv über das Debakel. Sie gab zwar im November 2020 eine Untersuchung in Auftrag, unterliess es aber bis vor kurzem, die Öffentlichkeit über den Datenskanal und die Resultate der Untersuchung zu informieren.

Seither steht die Justizdirektorin in der Dauerkritik, bürgerliche Politiker

versuchen aus dem Skandal Kapital zu schlagen und decken Fehr mit unangenehmen Fragen ein. Die Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrats hat eine Untersuchung eingeleitet, im Raum steht zudem eine parlamentarische Untersuchungskommission. Das alles geht nicht spurlos an Fehr vorbei. Im Parlament wirkte sie zuletzt angespannt.

Jacqueline Fehr steht der Direktion der Justiz und des Innern seit 2015 vor. In ihren bisherigen zwei Amtszeiten hat sie in ihrem Zuständigkeitsbereich einiges in Bewegung gebracht – am augenfälligsten ist wohl die Reform der Untersuchungs-haft. Mit Gruppenvollzug und Beschäftigungsmassnahmen sollen die Bedingungen für die Insassen verbessert werden. Der Auslöser verrät viel über Fehrs Art zu politisieren.

Bei einem Gefängnisbesuch an einem heissen Sommertag im Jahr 2015 erfuhr die Justizdirektorin, dass die Insassen nur einmal pro Woche duschen durften. Fehr fragte sich: Wie würdevoll behandeln wir im Justizvollzug Menschen? Dann begann sie mit der Arbeit an den Reformen.

In der NZZ-Umfrage lag Fehr zuletzt nur an fünfter Stelle. Damit ihr Sitz tatsächlich gefährdet ist, müssten wohl noch weitere Ungereimtheiten im Datenskanal ans Licht kommen.

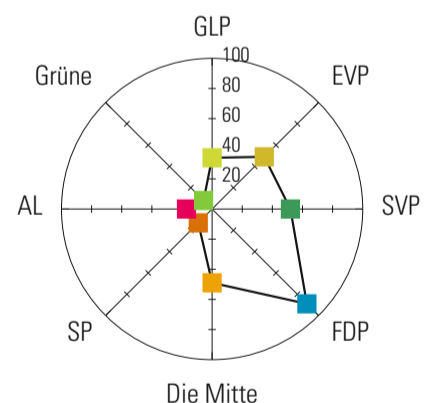
CARMEN WALKER SPÄH (FDP)

Die Krisenfeste

sho. · Die Corona-Pandemie traf die Volkswirtschaftsdirektion mit voller Wucht. Ging vorher hin und wieder ein Gesuch um Kurzarbeitsentschädigung ein, waren es im Frühling 2020 innert weniger Wochen gut 30 000. Eine automatisierte Abwicklung erlaubte es, die Flut rasch zu bewältigen.

Carmen Walker Späh erwies sich in ihrer zweiten Amtszeit als krisenfest. In diesem Jahr erleichterte sie unkompliziert den Zugang von Geflüchteten aus der Ukraine zum Arbeitsmarkt. Während der Pandemie setzte sie sich beim Bund für die vereinfachte Bearbeitung der Kurzarbeitsgesuche und die baldige Umsetzung des Schutzschirms für Grossanlässe ein. Walker Späh befürwortete nach den Shutdowns die rasche Öffnung und wandte sich dezidiert gegen eine Home-Office-Pflicht. Ihrem liberalen Credo folgend, nutzte sie die Gunst der Stunde und trat dafür ein, den Sonntagsverkauf in Teilen der Stadt Zürich wie in Tourismusorten zu erlauben.

Im Thema Verkehr musste Walker Späh im Februar 2020 mit dem Nein des Stimmvolks zum Rosengarten-Strassen-



tunnel ihre grösste Niederlage hinnehmen. Dafür durfte sie vor kurzem fristgerecht die Limmattalbahn eröffnen. Vom Stararchitekten Santiago Calatrava entworfene Brücken sollen umstrittene Umfahrungen in Grüningen und Eglisau mehrheitsfähig machen, mit ungewissem Ausgang. Wenig ausgerichtet kann Walker Späh hinsichtlich der Tatsache, dass der Antrag der Regierung für die Verlängerung von zwei Pisten des Flughafens seit eineinhalb Jahren im Kantonsrat feststeckt.

Ein Grossprojekt in ihrer Zuständigkeit erlebte eine unerwartete Wendung: Es stand schlecht um den Innovationspark auf dem Flugplatz Dübendorf, als das Verwaltungsgericht 2020 den Gestaltungsplan aufhob. Ende 2021 drehte das Bundesgericht das Urteil und gab grünes Licht. Der Kantonsrat hat die Kredite zum Aufbau der Plattform für Hochschulen und innovative Firmen so deutlich beschlossen, dass ein Referendum unwahrscheinlich ist.

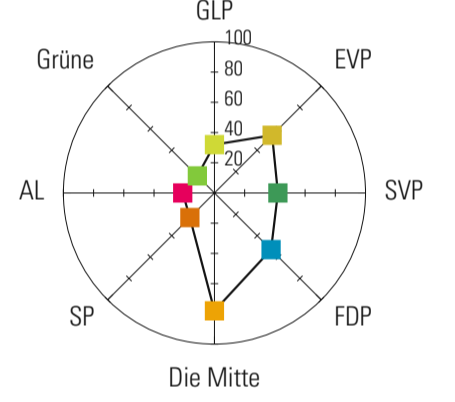
Die 64-jährige Walker Späh vertritt zuverlässig die Interessen der Zürcher Wirtschaft – und der Frauen. Den akuten Mangel an Arbeitskräften nutzt sie,

um sich für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie einzusetzen. Die Regierungsrätin wacht nicht eifersüchtig über ihr Gärtchen, sondern war bereit, Strassenprojekte eher als bis anhin an die Baudirektion abzutreten. Ihr Amt für Mobilität befasst sich dafür verstärkt mit den Chancen der E-Mobilität und der Digitalisierung, etwa mit der Förderung von Ladestationen und einem Logistikkonzept.

SILVIA STEINER (MITTE)

Die Reagierungsrätin

sgj. · Silvia Steiner – seit bald acht Jahren Regierungsrätin und Bildungsdirektorin – ist keine Politikerin, die sich ohne Not exponiert. Sie posiert, wie sie einmal sagte, ungerne für die Kamera. Am Rand einer Medienkonferenz sagte sie kürzlich den Satz: «Wissen Sie, wütend werde ich nie.» Es würde ihr auch nichts nützen. Silvia Steiner vertritt die Mitte im Regierungsrat, eine Kleinpartei, die im Kantonsparlament weniger als 5 Prozent der Sitze stellt. Um es trotzdem wieder in den Regierungsrat zu schaffen, braucht die Stadtzürcherin Stimmen von links und rechts. Anecken ist da die falsche Strategie. Und mit Strategie kennt Steiner sich aus. In den letzten vier Jahren hat keine ihrer grossen Vorlagen Schiffbruch erlitten. Bildungspolitiker von links bis rechts attestieren ihr neben Dossierfestigkeit ein gutes Ge-



fühl dafür, was gerade mehrheitsfähig ist – und wann sie ihre Position ändern muss, um nicht überstimmt zu werden.

Steiner wurde zwei Mal als Teil eines bürgerlichen Wahlbündnisses gewählt, doch in der Bildungspolitik regiert sie oft mit einer Mitte-links-Mehrheit. Sie hat mit der Bildung eines der exponiertesten Dossiers in der Regierung – und weigert sich doch konsequent, vorzupreschen und sich angreifbar zu machen.

Diesem politischen Spagat entspricht auch Steiners Stil: zuwarten, abklären, Mehrheiten suchen. Oder in einem Wort: reagieren. Das zeigte sich etwa beim Ausbau der Kita-Infrastruktur, den sie erst auf Druck des Parlaments in Angriff nahm. Bei den langen Wartezeiten für Stipendien, bei denen sie erst sehr spät eine Gesetzesrevision in Aussicht stellte. Oder beim Lehrermangel, wo Steiner dazu verdammt ist, Jahr für Jahr die grössten Löcher zu stopfen.

Bildungspolitiker von links bis rechts sind sich einig: Das Reaktive ist Steiners politischer Aggregatzustand. Uneinig sind sie sich darin, ob ihnen das gefällt oder nicht. Mitte-links ist eher kritisch, die Rechte zufrieden.

Zugewartet und reagiert: Das hat Steiner auch während der Corona-Pandemie. Den Schulgemeinden wollte sie weder eine Maskenpflicht noch repetitives Testen verordnen, was ihr einige Kritik, aber auch Lob einbrachte. Heute finden Parteipolitiker von links bis rechts: Steiner habe in der Krise meist getan, was sie konnte.

Weniger Führungsstärke hat Steiner im Umgang mit der Bürokratie in ihrem Departement gezeigt. Neben den Stipendiengesuchen wurden etwa auch Lohnzahlungen an Aushilfslehrer verschleppt. Bei einem Digitalisierungsprojekt für die Sekundarstufe schüttelten Experten den Kopf: Es werde Geld für Stellen gesprochen, statt erst ein pädagogisches Konzept zu erstellen.

Trotzdem ist die Wiederwahl der 64-Jährigen wahrscheinlich – obwohl die anderen Parteien sie im Wahlkampf ins Visier nehmen. Silvia Steiner lässt es geschehen, reagiert meist mit kaum mehr als einem ironischen Spruch.

So schnell lässt sich die Regierungsrätin nicht aus der Ruhe bringen.